

Eine Hauptstadt im Flughafen-Notstand, eine Energiewende ohne Leitungsnetz
– der zeitgenössische Staat meistert seine Kernaufgaben nicht mehr

Die Unfähigkeit zu bauen

Von Gerd Held

Es kommt vor, dass ein großes Bauvorhaben nicht termingerecht fertig wird und dass es, in Grenzen, teurer wird als geplant. Doch die in letzter Minute abgesagte Eröffnung des neuen Flughafens für die deutsche Hauptstadt ist ein sehr viel ernsterer Vorfall. Er weckt Zweifel, ob unser Staatswesen noch in der Lage ist, komplexe Sachverhalte zu bewältigen. Die großen Bauaufgaben waren einmal das bevorzugte Betätigungsfeld für die staatliche Zentralmacht. Hier konnte sie effizienter handeln als es dem Markt mit seinen unzähligen Einzelakteuren möglich war. Beim Deichbau, bei den großen Verkehrswegen oder bei den Haupttrassen der Energieversorgung konnte der Staat beweisen, dass er nicht nur destruktive Kräfte bändigen kann (durch das Gewaltmonopol), sondern auch konstruktiv die Eckpfeiler eines Landes aufbauen und bewahren kann. Solche Aufgaben sind ein Prüfstein, ob die öffentliche Hand auch eine arbeitende Hand ist – statt nur umzuverteilen, was andere Hände geschaffen haben. Hier erweist sich, ob der Staat seine Eigentümerverantwortung für öffentliche Güter wirklich wahrnimmt und über die notwendigen Fachkompetenzen verfügt. Ein Staatswesen, das die Rolle des Bauherrn nicht mehr ausfüllen kann, verliert einen wesentlichen Teil seiner Legitimität.

Aus dieser Perspektive ist die plötzliche Absage der Flughafen-Eröffnung in Berlin ein alarmierender Fall. Alarmierend, weil nicht einfach ein „Fehler“ oder ein „Versagen“ vorliegt, das man bestimmten Politikern und bestimmten Parteien zurechnen kann. Die Vorgänge zeigen eine organisierte Ahnungslosigkeit. In den verantwortlichen Landesregierungen von Berlin und Brandenburg gab es keine Stelle, die den Bauprozess operativ mitgeführt hätte. Jetzt

ist viel von „warnenden Stimmen“ die Rede, die es schon frühzeitig gegeben hätte. Aber solche Stimmen gibt es immer und nie sind ihre Aussagen so solide, dass man damit Entscheidungen begründen kann. Wer in einem Großprojekt von den Unkenrufen am Wegesrand abhängig ist und nicht mehr eigene Meßstellen und Inspektionen hat, ist schon verraten und verkauft. Wenn die Regierungschefs von Berlin und Brandenburg treuherzig erklären, sie hätten sich im Aufsichtsrat bei Berichten über Verzögerungen von der Aussage „Wir schaffen das schon“ beruhigen lassen, zeigt das, wie sehr hier die staatliche Hoheitsrolle schon abhanden gekommen war. Offenbar war für die Berichte gar kein Kriterium festgelegt, das ein eigenes Urteil über den Baufortschritt erlaubte. Die staatlichen Akteure sahen ihre Zuständigkeit offenbar mehr in der „Kommunikation“ des Projekts.

Die beteiligten Landesregierungen hatten ein Angebot eines Konsortiums unter Führung des Baukonzerns Hochtief abgelehnt, das Vorhaben als Generalunternehmer durchzuführen. Wenn die öffentlich Hand es selber machen will, ist das in Ordnung. Aber dann muss sie es auch tun. Stattdessen hat man gleich die ganze Rolle des Generalunternehmers abgeschafft und ein System der Einzelvergaben eingerichtet, bis hin zu der vertraglichen Festlegung für die einzelnen Firmen, dass ihnen selber „die Koordinierung und Abstimmung mit Behörden“ obliegt. Der Staat war selber nur noch ein Zulieferer, der einzelne Pläne und Genehmigungen beisteuerte (was oft nur mit Verspätung geschah). Eine eigene stabsmäßige Projektführung gab es nicht.

Ist der Hauptstadt-Flughafen nur ein böser Einzelfall? Nein, denn es gibt einen zweiten, größeren Vorgang, der die Unfä-

higkeit zu bauen erst in ihrer ganzen Bedrohlichkeit für unser Land deutlich macht: die Energiewende. Es war leicht, die freundliche Botschaft zu verkünden, dass alle Atomkraftwerke abgeschaltet werden. Doch dann kam die ungleich schwierigere Aufgabe des Bauens. Nun ist über ein Jahr nach der Verkündung der „Wende“ vergangen und keines der harten Bauprobleme, die mit der flächendeckenden Versorgung eines Industrielandes durch regenerative Energien verbunden sind, ist operativ angepackt oder gar gelöst. In diesem Fall ist es nicht so sehr die Komplexität der Aufgabe, die Schwierigkeiten macht. So kompliziert ist der Trassenbau nicht. Aber er ist ein tiefer Eingriff in Besitzstände eines Teils der Bevölkerung, Eine Trasse – ob Verkehrsweg oder Energieleitung – schneidet immer in gewachsene Strukturen ein. Gerade deshalb ist hier die Hoheit des Staates gefragt. In solchen Fällen, wo – unter Zeitdruck – Belange der Allgemeinheit gegen Sonderinteressen durchgesetzt werden müssen, ist eine Machtkonzentration sinnvoll. Natürlich soll der Staat nicht alles bauen, aber wo das Bauen zum Hoheitsproblem wird, muss er die Bauherrenrolle übernehmen. Es geht hier nicht um die Frage, ob die Energiewende überhaupt vernünftig ist. Aber wenn der demokratische Gesetzgeber sie nun einmal beschlossen hat, dann muss er auch die Umsetzung übernehmen und darf das Land nicht auf halbem Wege hängen lassen.

Doch hat sich die Politik, wie im Fall des Berliner Flughafens, auf die Rolle eines kommentierenden Beobachters zurückge-

zogen. Die Bundesregierung moderiert ihre „Gipfel der guten Botschaften“, während alle praktischen Probleme an andere ausgelagert sind. Bisher ist kein Fall bekannt, wo eine Leitungstrasse allein durch die Überzeugungskraft der Parole „Energiewende“ durchgesetzt worden wäre. In diesem Zusammenhang macht sich nun ein großes Versäumnis bemerkbar, das Deutschland noch schwer zu schaffen machen wird: Es hätte die Möglichkeit bestanden, für diese nationale Anstrengung dem Bund ein raumordnerisches Durchgriffsrecht zu sichern – notfalls auch gegen Länderrechte. Das ist nicht geschehen. Die Kompetenzen des Bundes in zentralen Bauaufgaben – rechtlich und organisatorisch – sind im Laufe der vergangenen Jahre eher geschwächt als gestärkt worden. Im Laufe der Zeit immer weiter geschwächt worden. Die Stimmung vor einem Jahr hätte zu einer Umkehr genutzt werden können. So aber hängt ein so großes Vorhaben wie die Energiewende in der Luft.

An dieser Stelle wird deutlich, dass es nicht nur um ein Politiker-Versagen geht, sondern um eine Fehlauflagestellung des Staates. Er hat viel von seiner operativen Kraft verloren. Er kann nicht mehr bauen. Das Versagen als Bauherr zeigt einen Staat, der immer weniger auf die Übernahme von Verantwortung eingerichtet ist, sondern diese lieber auslagert. In der politischen Kultur der Bundesrepublik ist der Ernstfall eines größeren, überregionalen Umbaus unserer Versorgungssysteme nicht vorgesehen.

(Manuskript vom 25.5.2012, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung DIE WELT am 2.6.2012)